

# Wahlprogramm DIE LINKE. Büttelborn

Vorwort.....	1
Soziales.....	2
<i>Jugend</i> .....	2
<i>Ältere Menschen</i> .....	2
Verkehr und Mobilität.....	3
Flucht und Migration.....	3
Klima und Umwelt.....	4
Umweltverträgliche Landwirtschaft stärken.....	4
Wohnen und Leben.....	5
<i>Tierwohl sowie Hundesteuer und -wiese</i> .....	5
Förderung von Sport und Kultur.....	6
Die Kommunen sind völlig unterfinanziert.....	6
Gute Arbeit muss gut bezahlt werden.....	7
<i>Digitalisierung im Interesse der Bürger*innen und der Mitarbeiter*innen</i> .....	7

## **Vorwort**

*Wir treten zur Kommunalwahl an, weil wir unsere Gemeinde nicht nur anders verwalten, sondern tatsächlich verändern wollen. Wir treten an, um konkrete Vorschläge für eine soziale, solidarische und ökologische Politik in die Gemeindevertretung zu tragen und dort die Interessen derjenigen zu vertreten, die durch ihr Engagement allen Menschen in Büttelborn ein gutes und möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen wollen.*

*Die Auswirkungen der Corona-Krise haben nachdrücklich deutlich gemacht, dass sozialer Zusammenhalt, Solidarität und die Abkehr von der „Durchsetzung eigener Interessen<sup>1</sup>“, auch als Neoliberalismus bekannt, gerade in den wichtigen Bereichen unseres Zusammenlebens wie dem Gesundheitswesen, aktueller und wichtiger denn je sind.*

*Soziale Gerechtigkeit und die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben in Büttelborn, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Aufenthaltsstatus, sexueller Orientierung oder Behinderung, sind zentrale Grundwerte unserer Politik. Demokratie bedeutet für uns mehr als nur die Stimmabgabe bei Wahlen. DIE LINKE steht für die direkte Einbindung der Menschen nicht nur in Diskussionen, sondern auch in die Entscheidungsprozesse.*

*Wir streben eine Gesellschaft an, in der die Ausbeutung von Mensch und Natur durch den Menschen überwunden und der Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie die Produktion und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gerecht, nachhaltig und demokratisch geregelt werden.*

---

1 Oskar Lafontaine

## **Soziales**

*Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns die Teilhabe für Alle an allen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Angeboten. Kommunale Sozialpolitik soll einen selbstbestimmten Alltag ermöglichen. Wir treten für den Ausbau sozialer Leistungen, kommunaler Unterstützungsangebote und für eine verstärkte Förderung sozialer Träger ein.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Kindertagesstätten - Infrastruktur ausbauen und bedarfsgerechte Stellen für ErzieherInnen schaffen. Betreuungsplätze, insbesondere U3, müssen bezahlbar und dennoch qualitativ hochwertig sein.*
- *Der Pflegedienst im Zentrum für Gemeinschaftshilfe (ZfG) ist ein hohes Gut und die Erhaltung dieser Einrichtung wird von uns unterstützt. Hierbei werden die Kosten im Auge behalten aber nicht über den Nutzen gestellt.*
- *Stationäre Tages- und Vollzeitpflege erhalten und ausbauen.*
- *Ausreichende, hausärztliche Versorgung in allen 3 Ortsteilen, frühzeitige Nachfolgeregelungen bei Pensionierung oder Wegzug.*
- *Unterstützung der Kreistagsfraktion der LINKEN im Bestreben ein „Geburtshaus“ in Groß-Gerau zu installieren um den Wegfall der Geburtshilfe-Station in der Kreisklinik zu kompensieren.*
- *Menschen mit niedrigen Einkommen sollen selbstverständlich und ohne den Blick auf den Geldbeutel am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. In allen Einrichtungen des Bildungswesens, der Kinder- und Jugendarbeit, Tierparks, Schwimmbäder, Bibliotheken, Kultur usw. sind die Angebote für Familien mit niedrigen Einkommen diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht es eine Teilhabekarte, auf der alle Vergünstigungen in den Kommunen des Kreises zusammengezogen sind und die kostenlose oder kostengünstige Monatskarten für den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht.*

## **Jugend**

*Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir möchten, dass sie ernst genommen werden und ihnen eine Stimme geben. Nur wenn wir unsere Kommune auch für unsere Jugendlichen attraktiv gestalten, beugen wir der Landflucht vor. Die kommunale Jugendarbeit ist ein wichtiger Faktor für das soziale Leben in der Gemeinde und muss als solche auch gewürdigt werden. Wir fordern mehr Angebote zur Freizeitgestaltung für junge Menschen.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Einrichtung eines Jugendparlaments*
- *Infrastruktur für Jugendliche verbessern*
- *Gute und preiswerte Nahverkehrsangebote für Jugendliche*

## **Ältere Menschen**

*Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen auch in der Gemeinde Büttelborn Strukturen geschaffen werden, die eine Interessenvertretung älterer Menschen sicherstellen. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sollten nicht alleine am Rande der Gesellschaft leben, sondern in deren Mitte. Anstatt eines Flickenteppichs von Angeboten fordern wir ein zielgruppengerechtes Gesamtkonzept der Gemeinde. Neben der Etablierung eines ehrenamtlich geführten Seniorenbeirates (so die Beschlussfassung der Gemeindevertretung), ist es unumgänglich, dass die Gemeinde Büttelborn den Belangen der Senioren „Raum“ gibt – vergleichbar der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit in unserer Gemeinde.*

*Die Belange der Senioren sollten keinesfalls nur im Ehrenamt „abgespeist“ werden!*

*Daher fordern wir die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für die Seniorenarbeit in der Gemeinde Büttelborn! Damit verbunden auch die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Seniorenarbeit in unserer Gemeinde.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für die Belange von Senioren*
- *Gute und preiswerte Nahverkehrsangebote für Senioren*
- *Barrierefreiheit in allen Bereichen voranbringen*

## **Verkehr und Mobilität**

*Wir wollen Mobilität, die für alle verfügbar ist, unabhängig von Geldbeutel, Wohnort und körperlicher Beweglichkeit. Sie ist bezahlbar – am besten kostenlos, sie verbindet die gesamte Fläche der Gemeinde und mit den angrenzenden Kommunen, ist zu allen Tageszeiten verfügbar und barrierefrei. Sie schont Ressourcen und trägt dazu bei, dass der öffentliche Raum ein Ort wird, wo man sich gerne aufhält und anderen Menschen begegnet. Selbsttätig seine Bankgeschäfte oder seine Einkäufe zu erledigen oder der persönliche Besuch der Gemeindeverwaltung ist wichtig, gerade für ältere Mitbürger und Menschen mit Einschränkungen.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Wir wollen mehr Grünflächen und Ruhebänke in den Ortsteilen. Wir brauchen mehr Parkmöglichkeiten am Ortsrand sowie dem Bahnhof und einen gut geplanten Ruf- bzw. Shuttlebus innerhalb der Ortsteile.*
- *Radwege müssen so ausgebaut werden, dass alle zentralen Punkte sicher zu erreichen sind. Die Haupt-Fahrradwege innerhalb der Ortschaften sollen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Genügend Fahrradparkplätze (incl. Ladestationen) müssen geschaffen werden und ein Fahrradverleih soll angesiedelt werden.*
- *Im gesamten Ortsgebiet, auch auf den Durchgangsstraßen, soll der Verkehr verlangsamt und die Einhaltung dessen regelmäßig überprüft werden.*
- *Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll perspektivisch kostenlos, barrierefrei und überregional attraktiv getaktet sein.*
- *Der Lärm den Flugzeuge, Bahn- und Autoverkehr verursachen muss drastisch reduziert wird.*

## **Flucht und Migration**

*Die LINKE streitet für eine Kommune, in der Menschen gleich welcher Herkunft miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen und bereichern können. Nachbarschaftliches Wohnen baut Barrieren und Ängste ab, dient dem Spracherwerb, dem aktiven kulturellen Austausch und beugt sozialer Ausgrenzung vor. Bei der Schaffung von Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete und in der Stadtplanung ist hierauf besonders zu achten.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus für menschenwürdige Unterkünfte gleichermaßen für Geflüchtete wie für eingesessene Bürgerinnen und Bürger.*
- *Zugang für alle Menschen in der Gemeinde Büttelborn zum Gesundheitssystem.*
- *Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“*

## **Klima und Umwelt**

*Klima, Umwelt, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft sind eng verzahnte Themenbereiche. Die globalen Klimaveränderungen haben regionale Auswirkungen, sie schädigen unsere Wälder, Trinkwasser könnte knapp werden, in anderen Regionen Europas ist das heute schon der Fall, sie führen zu Starkwetterereignissen und mehr.*

*Dabei steht für DIE LINKE ein wichtiger Grundsatz fest: ökologisches Handeln darf nicht nur für Menschen mit hohem Einkommen möglich sein. Es leiden mehr Menschen mit geringerem Einkommen unter den Folgen des Klimawandels – durch höhere Preise für gesundes Essen, teurere Wohn- und Nebenkosten etc., obwohl sie weniger zur CO<sup>2</sup>-belastung und Vernutzung der Natur beitragen. Deshalb muss für DIE LINKE das Soziale und die Ökologie gemeinsam bedacht werden.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Wir fordern die Ausrufung des Klimanotstandes in unserer Gemeinde. Mit dem Kreis und den Kommunen des Kreises, die ähnliche Beschlüsse zum Klimanotstand haben, ist in den nächsten zwei Jahren eine Strategie zu erarbeiten, wie die Ziele zu erreichen sind. Der Kreis muss die Kommunen bei allen Maßnahmen unterstützen, die die Erderwärmung auf mehr als 1,5 Grad verhindern. Die Motivation der Bevölkerung wie der Unternehmen und der Landwirtschaft sollte durch Beratung und wirtschaftliche wie gesellschaftliche Anreize gefördert werden. Die entscheidenden Felder für den Klimaschutz sind die Verkehrspolitik, die Energieversorgung und die Agrarpolitik.*
- *Öffentliche Gebäude müssen mit Fotovoltaik ausgestattet werden.*
- *Wir wollen Dach- und Wandbegrünungen an öffentlichen Gebäuden.*
- *Trennung von Trink- und Nutzwasser um die Trinkwasserressourcen zu schonen.*
- *Wir wollen die Artenvielfalt schützen. Es müssen in der Gemeinde weitere Blüh- und Grünflächen angelegt werden.*

## **Umweltverträgliche Landwirtschaft stärken**

*Die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle dabei, wie wir uns an den Klimawandel anpassen. Landwirtschaft geringer Intensität respektiert und schützt die biologische Vielfalt. Im Rhein-Main-Gebiet besteht zudem eine hohe, wachsende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln.*

*Im Sommer 2018 sind die Landkreise Darmstadt-Dieburg, Odenwaldkreis, Groß-Gerau sowie die Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Ökomodellregion Süd ernannt worden. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe in Südhessen liegt gegenwärtig noch unter dem Landesdurchschnitt.*

*Dass in der Keimzelle des Hessischen Spargelanbaus kein Bio-Spargel angebaut wird ist kein Aushängeschild innovativer Landwirtschaft vor Ort!*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Gezielte Förderung von Biodiversität, als Teil einer modernen Landwirtschaft.*
- *Wir unterstützen Landwirte die gesunde Lebensmittel produzieren.*
- *Gerechte Gewinnverteilung vom Acker bis ins Ladenregal!*
- *Wir fordern, auf allen kommunalen Grün- und Freiflächen, insbesondere auf den gemeindeeigenen verpachteten Grundstücken auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten.*  
*Bestehende, bzw. neue Pachtverträge sollten entsprechend modifiziert werden.*
- *Einführung eines Bauernmarktes damit die ortsansässigen Landwirte ihre Produkte präsentieren können und das ökologische und regionale Einkaufen in das Bewusstsein der Mitbürger gerückt wird.*

## **Wohnen und Leben**

*Die Mieten und Nebenkosten in unseren Ortsteilen sind kaum noch bezahlbar. Infolgedessen zahlen viele Menschen mehr als die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete und die Nebenkosten und finden trotzdem keine für sie angemessene Wohnung. Es entsteht viel zu wenig Wohnraum mit Sozialbindung. Deshalb muss ein Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum entwickelt werden. Neue Wohngebiete sollten mindestens 30% geförderten Wohnraum haben. Viele Berufsgruppen haben Anspruch auf diese Wohnungen. Die Politik ist gefordert ihnen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.*

### **Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *Gerade wegen der Siedlungsbeschränkungen fordern wir kreative Ideen zur Wohnraumverdichtung, z.B. Aufstockung von Verbrauchermärkten, Ausweitung von Wohnbebauung in Gewerbegebieten, Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften o.ä. ohne zu viel Grünflächen zu zubetonieren.*
- *Auch im fortgeschrittenen Alter, mit einer geringen Rente, muss ein menschenwürdiges Leben im gewohnten Umfeld in unserer Gemeinde möglich sein*

## **Tierwohl sowie Hundesteuer und -wiese**

*In der Gemeinde wirtschaften mehrere Nutztierhaltungsbetriebe. Sowohl Geflügelzucht als auch Schweinezucht wirtschaften auf Gemeindegebiet. Diese gilt es in regelmäßigen Abständen auf ein angemessenes Tierwohl zu kontrollieren. Gleichzeitig soll auch geprüft werden, ob und in welchem Umfang diese Betriebe für noch bessere Haltungsbedingungen gefördert werden können.*

*Für das Jahr 2021 wurde eine Erhöhung der Hundesteuer um 25 % beschlossen. Die Hundesteuer wird somit von 60,00 € auf 75,00 € für den ersten Hund angehoben. Hundehalter mit geringem Einkommen sollten hier steuerlich entlastet werden. Eine Reduktion auf 50% des Normalsatzes halten wir für angemessen. Für sogenannte "Listenhunde" steigt die Steuerlast von 400,00 € auf 600,00 €. Diese Schröpfung der Halter von "Listenhunden" empfinden wir als nicht zeitgemäß. Generell lehnen wir es ab, Lebewesen aufgrund ihrer Rasse oder Herkunft vor zu verurteilen.*

*Die Festlegung welche Tiere als "Listenhunde" gelten und welche Voraussetzungen beim Halten dieser Hunde erfüllt werden müssen ist eine Hessische Landesverordnung. An dieser können wir als Gemeinde nicht viel ausrichten. Jedoch können wir Einfluss auf die Finanzielle Belastung nehmen. Durch regelmäßige Wesenstests des Tieres und Sachkundeprüfungen des Halters sollte bei Listenhunden eine steuerliche Gleichbehandlung angestrebt werden.*

*Beim Blick in die Nachbargemeinde Weiterstadt sehen wir die, mit großem Erfolg laufenden, Hundewiesen in allen Ortsteilen. Dies fordern wir auch für die Gemeinde Büttelborn. Durch die oben erwähnten 25% Mehreinnahmen durch die Hundesteuer sollten hierfür ausreichend Mittel vorhanden sein.*

## **Förderung von Sport und Kultur**

*Kultur ist das, was unser Leben ausmacht. Sie erhöht die Lebensqualität, dient der Entspannung, der Zerstreuung, dem Amusement, aber auch der Kritik, dem Protest und dem Erkenntnisgewinn. Für DIE LINKE ist die Förderung von Kunst und Kultur unverrückbarer Teil ihres kommunalen Selbstverständnisses. Besonders wichtig ist uns die Alltagskultur. Öffentliche Plätze, auf denen sich Menschen gerade in ihrem Wohnquartier ohne Konsumzwang aufhalten, treffen und austauschen können, sind Teil einer gelebten Alltagskultur.*

*Sportvereine leisten, ebenso wie die vereinsunabhängige Sportausübung, einen zentralen Beitrag für Gesundheit, Teilhabe und Gemeinschaft. Auch soziale Barrieren werden durch das gelebte Miteinander im Sport verringert. Zudem sind die Förderung von Toleranz, Akzeptanz und Gewaltprävention für viele Sportvereine wichtige Ziele. Diese Ziele sind auch der Maßstab für unsere linke Sportpolitik.*

**Dafür werden wir uns einsetzen:**

- *kulturelle Veranstaltungen in allen drei Ortsteilen erhalten und ausbauen*
- *ausgeglichene Unterstützung der Vereine in allen drei Ortsteilen*

## **Die Kommunen sind völlig unterfinanziert**

*Den sogenannten Schutzschirm und die Hessenkasse hat das Land eingesetzt, um die Kommunen von den in mehreren Jahren angehäuften Schulden, die aufgrund der Unterfinanzierung entstanden sind, zu entlasten. Für die Pflichtaufgaben der Kommunen ist schon zu wenig Geld vorhanden. Viel weniger reicht es für die sogenannten ‚freiwillige Aufgaben‘. Diese geraten in der Corona-Pandemie noch mehr in Gefahr aufgegeben zu werden. Der durch die Hessenkasse veranlasste Schuldenerlass für die Kassenkredite war das Mindeste, was das Land tun musste. Für die Hessenkasse werden allerdings Mittel der Kommunen herangezogen und zwar aus dem kommunalen Finanzausgleich. Für Zuschüsse z.B. für Krankenhäuser und Kitas bekommen Kommunen finanzielle Mittel, die ihnen vom Land vorenthalten wurden. Das Land stellt viel zu wenige Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung.*

- Wir fordern die gerechte Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem unauflösbaren Grundsatz: wird eine Leistung durch den Bundes- oder Landes-Gesetzgeber bei der Kommune ‚bestellt‘, so ist diese auch von dort im vollen Umfang auf Dauer mit den Folgekosten zu bezahlen. Statt mit dem Rotstift bei den Ausgaben anzusetzen fordert DIE LINKE mehr Einnahmen durch sozial gerechtes Umsteuern. Der kommunale Anteil am Einkommensteueraufkommen von zurzeit rund 15 Prozent ist deutlich anzuheben. Daneben müssen die eigenen kommunalen Einnahmen höher und verlässlicher ausfallen (hier ist nicht die Grundsteuer gemeint, diese ist im Kreis Groß-Gerau viel zu hoch). Deshalb will DIE LINKE die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickeln. Es gibt genügend Geld in diesem Land. 1% der Erwachsenen besitzen rund 35 % des Gesamtvermögens, 9 % besitzen 32 %. Das bedeutet, dass sich 10% an zwei Dritteln des von allen erwirtschafteten Vermögens erfreuen dürfen, für weitere 40% bleiben noch knapp ein Drittel, für die restlichen 50% bleiben nur noch knapp 1,5 % des Vermögens. Hier ist eine Umverteilung erforderlich, eine Vermögenssteuer muss wiedereingeführt werden. Um die Lasten der Corona-Pandemie nicht den Menschen mit geringem Einkommen, die noch mehr unter ihr leiden, aufzuerlegen, muss zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe eingeführt werden. Der Wirtschaftsliberalismus richtet mit seiner Markt-Ideologie großen Schaden an. Alle Lebensbereiche sollen kapitalistischen Verwertungsmaßstäben untergeordnet werden. Dies lehnen wir ab.*

## **Gute Arbeit muss gut bezahlt werden**

*Die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge soll für alle Betriebe und Beteiligungen der Gemeinde, auch bei sogenannten „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen gelten. Tarifbindung muss auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gelten. Hier sollten bei der Auftrags-Vergabe statt des Kriteriums des ‚günstigen Preises‘ vor allem gute Arbeitsbedingungen und strikte Tarifbindung sowie Gleichstellung und Ausbildungsplätze beachtet werden. Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund müssen durch reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. Ausbildungsplätze bei der Gemeinde, seinen Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sind zu erhalten und auszubauen. Wir erwarten gute Arbeitsbedingungen bei der Gemeindeverwaltung und den Einsatz von Personal dort, wo es notwendig ist. Überlastungsanzeigen müssen immer ernst genommen und dem nachgegangen werden, um zu verhindern, dass Mitarbeiter\*innen zu Schaden kommen. Wir fordern die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen. Wir fordern ein existenzsicherndes Einkommen für alle, gerade in dieser Zeit, wo die Absicherung z. B. vieler Solo-Selbständigen, Künstler\*innen, Schausteller\*innen, usw., nicht mehr funktioniert.*

## **Digitalisierung im Interesse der Bürger\*innen und der Mitarbeiter\*innen**

*Digitalisierung von Verwaltungsprozessen bietet Chancen und große Risiken. Aktuell werden beispielsweise viele Anträge auf Online-Prozesse umgestellt. Es ist in der Corona-Pandemie kaum möglich mit dem Sachbearbeiter/der Sachbearbeiterin persönlich zu sprechen und sich beraten zu lassen, obwohl dies Aufgabe der Verwaltung ist. Menschen, die nicht technikaffin sind oder nicht über die notwendige Ausstattung verfügen, bleiben deshalb benachteiligt und sind nicht mehr in der Lage ihre Angelegenheit selbst zu vertreten. Auch zukünftig muss beides möglich sein, die Antragstellung vor Ort und auf dem Papier und das Online-Verfahren. Es darf keine Schlechterstellung geben, weil man sich nicht per Mail oder Internet einschalten will oder kann. Wesentlich ist bei allen Vorgängen eine hohe Datensicherheit zu gewährleisten.*

*Für die Beschäftigten ist die Digitalisierung ebenfalls mit Chancen und Risiken verbunden, manche Arbeitsprozesse lassen sich verkürzen und immer wieder kehrende Aufgaben schneller erledigen. Neben der Bereitschaft sich ständig neu zu orientieren und zu qualifizieren, werden von den Kolleg\*innen komplexere Arbeitsabläufe erwartet, aber auch Arbeitsplätze entwertet und fallen weg. Home-Office bietet Risiken bei der Überschreitung von Arbeitszeiten und der fehlenden kollegialen Unterstützung. Diese Prozesse sind von der Verwaltungsspitze mit dem Personalrat zur Zufriedenheit der Beschäftigten zu begleiten. Dazu gehört auch eine gute Gesundheitsförderung für die Beschäftigten.*